



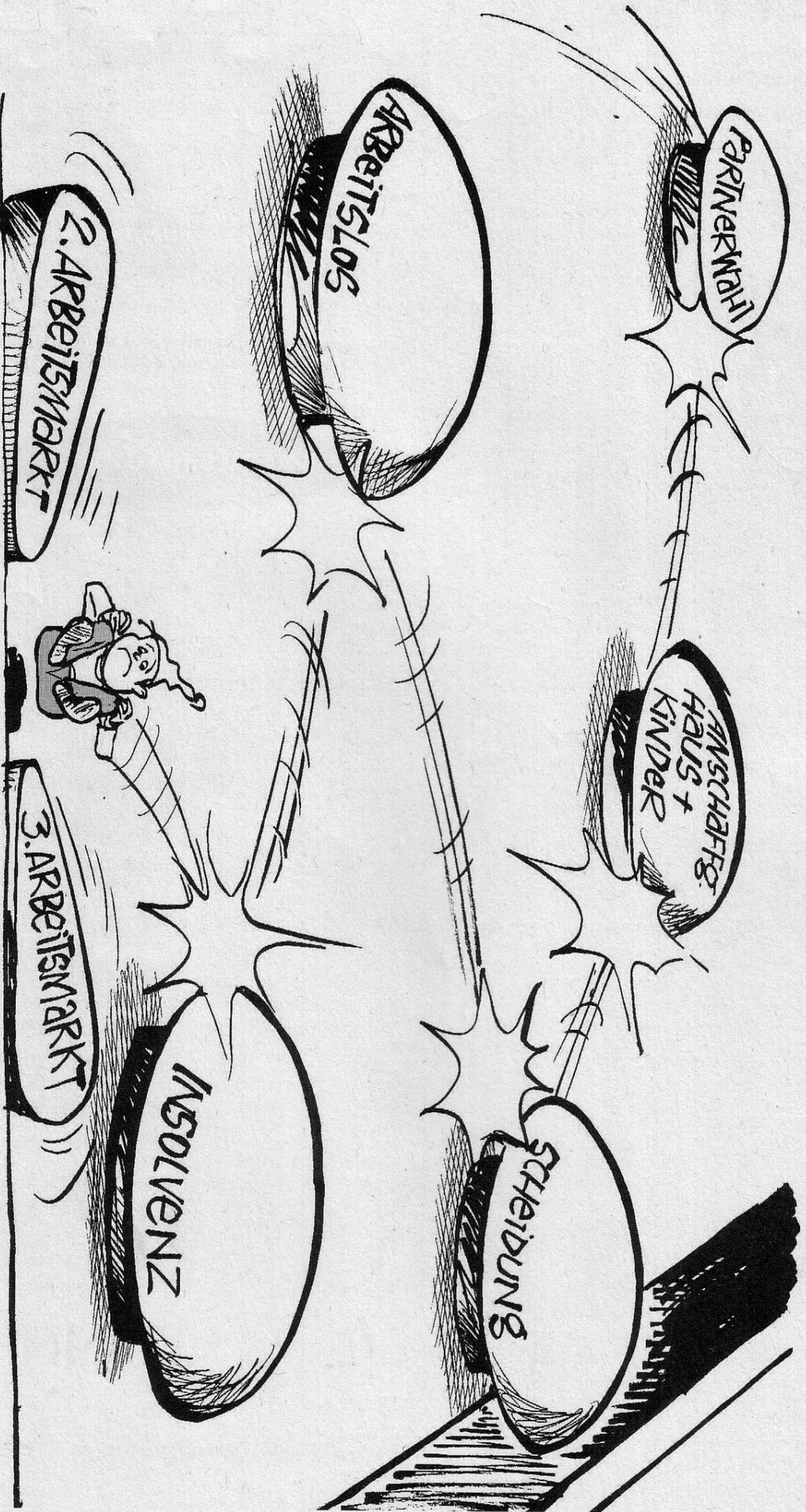
Zeitung für Emanzipation

und Solidarität

Ausgabe 51 ·

Winter 2010/11 · Kostenlos

taacheles



INHALT

Soziale Stadt Sparen bis nichts mehr geht	3
Die Mitte in der Krise Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung	4
Denkmalschutz ade! Wie der Gräfrather Bahnhof beseitigt wird	5
Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt Auszug aus einer Rede für eine kommunale Option	6/7
Infos zu Hartz IV	8
Stuttgart 21 - und wie weiter?	9
Berufsvorbereitung Vergabepaxis in der Schusslinie	10/11
Ran an die Eier Zur Zwangssterilisation von Katzen	11

Frauen und Initiativen Treff e. V. Café Courage

Klemens-Horn-Str. 3
42655 Solingen
Tel.: 0212 -27 36 35

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität
Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt.
Auflage 3.000
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3,
42655 Solingen
Email: tacheles-solingen@gmx.de
www.tacheles-solingen.de
Druck: Ordensgemeinschaft-Beschäftigungshilfe Düsseldorf,
Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf (0211 / 44939870)
Ausgabe 51, 13. Dezember 2010
ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
c/o Cafe Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
Bankverbindung:
Bürgerinitiativen-Büro Solingen e.V.
BLZ 330 605 92 Sparda-Bank
Konto-Nr. 546 4641
Fotos & Layout: Heinz Mähler

tacheles-Jahresabo

Ein Jahr für 13 Euro frei Haus
Unterstützer-Abo 20 Euro frei Haus



Bankverbindung
Bürgerinitiativenbüro Solingen e.V.
BLZ 33060592 (Sparda-Bank)
Konto-Nr. 546 4641
Stichwort "tacheles-Abo"



EM KOTTEN

Neumarkt 9
42651 Solingen
Tel.: 0212-15582
weitere Infos unter
www.em-kotten.de



Soziale Stadt: Projekte in der Solinger Nordstadt gefährdet

Massive Fördermittelkürzung des Bundes verstärkt die soziale Spaltung

Die Bundesregierung führt im Bundestag ihre fatale Politik der Verstärkung der sozialen Spaltungen durch drastische Kürzungen bei der Städtebauförderung und insbesondere beim Programm „Soziale Stadt“ fort. In 2011 wird die Städtebauförderung mit ihren neun Förderprogrammen, darunter die „Soziale Stadt“ und der „Stadtumbau West“ um 26% gekürzt, es stehen bundesweit nur noch 455 Mio. € zur Verfügung. Besonders betroffen von den Kürzungen ist das Programm „Soziale Stadt“ mit dem in Solingen zurzeit das „Integrierte Handlungskonzept“ zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Solinger Nordstadt gefördert wird.

Dieses Quartier beiderseits der Konrad-Adenauer-Straße, wird als „der bunte Stadtteil mit Zukunft“ bezeichnet. Hier gibt es ExistenzgründerInnen und alteingesessene Fachhändler sowie wichtige kulturelle und soziale Einrichtungen wie das Mehrgenerationenhaus an der Van-Meenen-Straße, das Nordstadtbüro und das Rollhaus. Zugleich konzentrieren sich in diesem Quartier Problemlagen: In der Nordstadt leben viele finanziell schwache Bewohner, die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und AusländerInnen ist hier besonders hoch. Die Konrad-Adenauer-Straße braucht dringend mehr Aufenthaltsqualität (Bäume, ebenerdige Querungsmöglichkeiten ...). Das Wohnumfeld und die Spielplätze sind erneuerungsbedürftig. Nachdem in den letzten Jahren für das Rathaus und für die neue Kita an der Augustastraße hunderte Bäume gefällt wurden, werden dringend Ersatzpflanzungen

benötigt.

Mit dem Programm Soziale Stadt werden in der Solinger Nordstadt u.a. das Nordstadtfest, die Stadtteilzeitschrift „Nordstadt Seiten“, der Quartiersservice und der Umbau des Mehrgenerationenhauses finanziert. Ende November wurde die Attraktivierung der Spielplätze Burgstraße, Cäcilienstraße und Haumannstraße bewilligt. Seit langem ist ein Projekt zur Förderung und Qualifizierung der vielen kleinen Selbstständigen in der Nordstadt, darunter viele MigrantInnen, geplant.

Ausgerechnet das Förderprogramm Soziale Stadt wurde von CDU und FDP im Bundestag stark gekürzt. Standen dafür 2010 noch 95 Mio. Euro zur Verfügung, so sind es im Jahr 2011 nur noch 28,5 Mio. Euro – eine Kürzung um 70%! Die Koalitionsfraktionen strichen dabei besonders die Gelder für Maßnahmen der Sozialen Stadt, die dem Erwerb der deutschen Sprache, der Verbesserung von Bildungsabschlüssen, der Betreuung von Jugendlichen und der Förderung der lokalen Ökonomie dienen. Damit werden die Projekte gestrichen, die flankierend zur Beseitigung der Mängel im Wohnumfeld die sozialen Netzwerke und den sozialen Zusammenhalt stärken. Gerade der integrative Ansatz des Programms Soziale Stadt hat in den zehn Jahren seines Bestehens entscheidend dazu beigetragen, die Abwärtsspirale abgehängter Quartiere zu stoppen und positive Entwicklungen anzustoßen. Die Kombination aus Förderung von Bürgerengagement und Kommunikation im Stadtteil sowie Bildungs- und

Integrationsmaßnahmen mit der baulichen Erneuerung der Quartiere hat erhebliche Folgeinvestitionen der privaten Hauseigentümer und Geschäftsleute in den Stadtteil ausgelöst.

Hat der bunte Stadtteil eine Zukunft?

Es ist wichtig, dass sich die zahlreichen Menschen und Initiativen, die sich für die Nordstadt und die anderen Quartiere mit besonderem Erneuerungsbedarf engagieren, von dieser unverantwortlichen Politik der Bundesregierung nicht frustrieren lassen. Sie sollten gemeinsam mit allen SolingerInnen, die es unerträglich finden, wenn

Menschen in städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligten Quartieren von der gesellschaftlichen Teilhabe abgehängt werden, dafür kämpfen, dass Mittel von der EU, vom Land und auch von der Stadtverwaltung und den zum „Konzern Stadt Solingen“ gehörenden Gesellschaften für die Förderung des „bunten Stadtteils mit Zukunft“ aufgebracht werden. Und sie sollten Druck bei den Abgeordneten des Bundestags machen, damit die Soziale Stadt so schnell wie möglich ausreichend finanziert wird, um diese für die Zukunft der Gesellschaft entscheidende Integrationsaufgabe bewältigen zu können.

Dietmar Gaida

Nicht gucken mitmachen bei der tacheles!



Information und Beratung unter
tacheles-solingen@gmx.de

30 Jahre
in der Natur aktiv

RBN

Belgischer Naturschutzverein e.V. • OV Solingen • rbn@rbn-solingen.de • www.rbn-solingen.de

DIE MITTE IN DER KRISE

Eine rechtsautoritäre Diktatur in Deutschland? Warum denn nicht?

Man sollte meinen, die Deutschen hätten aus der Vergangenheit gelernt. Dass dem nur in Maßen so ist, belegt jedoch die aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die in einer umfangreichen Untersuchung rechte Tendenzen in der deutschen Bevölkerung unter die Lupe genommen hat. Die Studie konstatiert für 2010 einen „Anstieg von dezidiert antidemokratischen und rassistischen Einstellungen“ sowie eine „leichte Zunahme der sozialdarwinistischen Ungleichwertigkeitsvorstellung“ (vgl. S. 139 der Studie) und geht detailliert auf die Verteilung und Hintergründe rechter Einstellungen in der Bevölkerung ein.

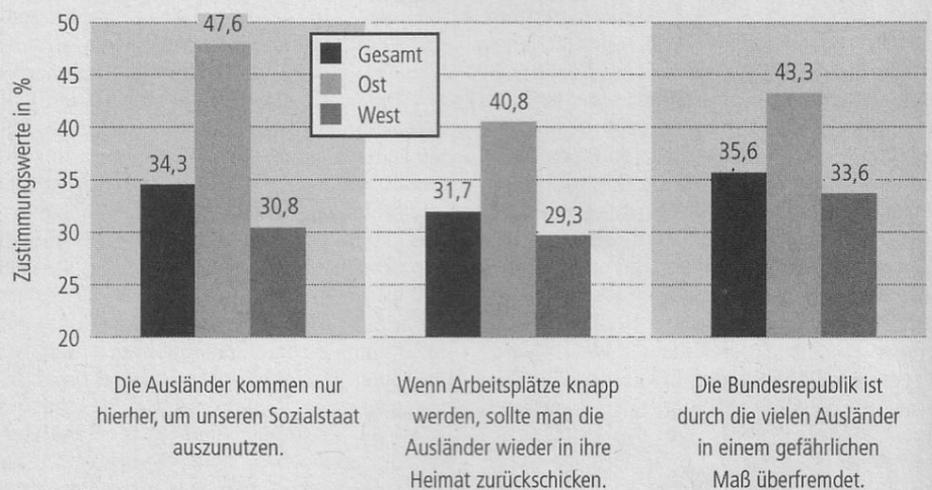
Die gesamte Studie ist nachzulesen unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>

Einige Ergebnisse der Studie, die jedem zu denken geben sollten (Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Friedrich-Ebert-Stiftung):



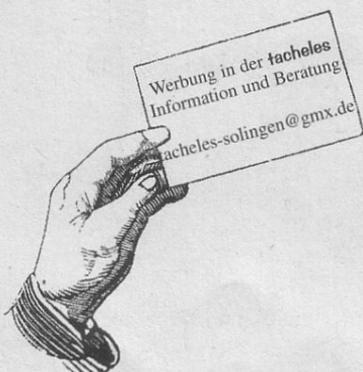
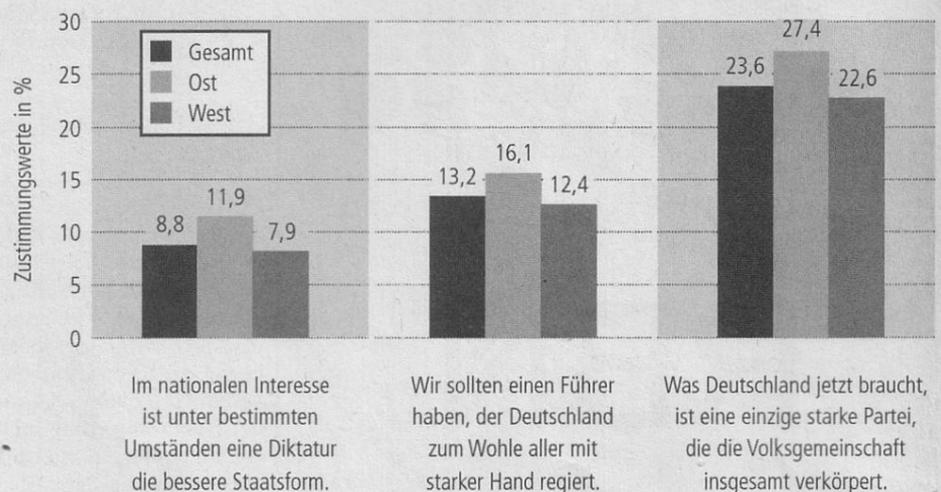
Zustimmung zu den Aussagen der Dimension
„Ausländerfeindlichkeit“ (in Prozent)

Grafik 3.1.3



Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ (in Prozent)

Grafik 3.1.1





Denkmalschutz ade!

Zur Zeit sieht es so aus, als wenn der Gräfrather Bahnhof bald abgerissen werden wird, obwohl er seit 1988 unter Denkmalschutz steht. Wer sich die Vorgänge genauer ansieht, bekommt den Eindruck, dass der Abriss von Beginn an vom derzeitigen Besitzer angestrebt wurde.

Kauf

Gekauft wurde er vor rund 10 Jahren durch Siegfried Lapawa, der auch sofort gegenüber der Presse hoch fliegende Pläne bekannt gab (ST 10.02.2000). „Kultur, Gastronomie und ein Technikmuseum“ sollten entstehen, doch schon damals wurde der schlechte Zustand beklagt. Aber immerhin wurde das Gebäude noch als Wohn- und Gewerberaum genutzt, so kaputt konnte es also nicht sein. Noch nicht. Denn aus den Plänen wurde ja bekanntlich nichts. Nach und nach verlagerte sich die Ausrichtung der Planung in Richtung Einzelhandel, was auch nicht überraschen sollte, schließlich hatte Herr L. bereits 1997 seine Absicht über die Presse verlautbaren lassen, dass er in Gräfrath für ein Nahversorgungszentrum ein Grundstück zu Verfügung stellen wolle (ST 06.08.1997). Schon hier forderte er natürlich die Kooperation der Stadt Solingen ein.

Verfall

2002 lässt Herr L. die Katze langsam aus dem Sack. In der Hofgazette des Herrn L. unter dem Titel „Das neue Tor nach Gräfrath“ war zu lesen, dass nun ein viergeschossiges Gebäude gebaut werden sollte, mit Disko, SB-Markt, Büroflächen und Parkplätzen. Kultur und Gastronomie werden nur noch nebenbei erwähnt (ST 2.2.2002). In der Planung ist der Bahnhof nur noch ein Störfaktor. Die Diskussion dreht sich nun hauptsächlich um die Genehmigung von zusätzlichen Parkplätzen, die in der Folgezeit zum Drehpunkt werden. Wieder ist das mangelnde entgegenkommen der Stadt in der Presse nun Schuld am Stillstand. Das Baudenkmal Gräfrather Bahnhof verfällt derweil. Möglicherweise ist das Zitat im Solinger Tageblatt, er wolle „aus dem Bahnhof das machen, was für die Region das Beste ist“ von allen nur falsch verstanden worden und er hatte das doch eher das Schicksal von dem ebenfalls denkmalgeschützten Haus Blasberg im Sinn, das „unerwartet“ zusammengebrochen ist?

Klage

Seit 2009 schließlich klagte Herr L. vor dem Verwaltungsgericht für den Abriss des Bahnhofs. Ende 2010 wurde der Abriss durch das Gericht zugelassen. Es ist nicht nur schade um das Gebäude, sondern auch ein Armutszeugnis in mehrfacher Hinsicht:

- Für die Verwaltung und große Teile der Lokalpolitik der Stadt Solingen, die sich so ha-

ben hinhalten lassen und dem durchschaubaren Taktieren des Herrn L. auf den Leim gegangen sind, wenn nicht sogar einzelne davon direkt profitiert haben.

- Für den Denkmalschutz, denn die Lehre, die jeder Besitzer eines denkmalgeschützten Gebäudes daraus ziehen kann, ist fatal: Du musst nur warten bis es kaputt genug ist und schon kannst du machen was du willst.

- Für die Solinger Lokalpresse, deren Redakteure sich offenbar von einer Lokalgröße massiv „beeindrucken“ lassen oder mit geschlossenen Ohren durch die Stadt gehen. Aber in jedem Fall ihrer journalistischen Auf-

gabe kaum gerecht werden. Ihre Artikel könnten oftmals auch direkt von der Pressestelle der Investoren geschrieben worden sein.

Und es ist ein Armutszeugnis für den Herrn L., dessen Silag AG 2008 über 120 Millionen Euro Umsatz machte. Der „Gräfrather Junge“ (ST 2.2.2002) ist offenbar nur dem Profit interessiert, der mit dem leeren Grundstück möglich ist. Als wenn er es nötig hätte. Wenn jemand kein Interesse an einem historischen Gebäude hat, sollte er doch die Finger davon lassen.



Foto: M. Tettinger / www.tetti.de

Arbeitsgemeinschaft
ganzheitliche Psychotherapie



Psychodrama, Sozialtherapie,
Supervision, Coaching,
Gestalttherapie, Ausbildung

Paar- Familienberatung, Einzelberatung, Psychotherapie,
Supervision, Gruppenabende, Weiterbildung Psychodrama

Neue Selbsterfahrungsgruppe mitte Januar 2011 Dienstags 14-tägig
Weitere Tagesseminare mit Einzelthemen finden Sie auf meiner Homepage:
www.friedel-geisler.de

oder rufen Sie mich an:

montags – donnerstags in der Zeit von 12.00 bis 13.00 Uhr;
zu anderen Zeiten wird Ihre Nachricht aufgezeichnet: Tel. 0212/273 478

Friedel Geisler

Psychotherapeutin (HpG)

Psychodrama-Ausbilderin DAGG/DFP, Supervision DGSv, Theologie, Dipl.-Rel.-Päd.

Konrad-Adenauer-Str. 21, 42651 Solingen

Telefon 0212/273 478, Fax 0212/273 479

eMail: info@friedel-geisler.de

Internet: www.friedel-geisler.de

ARBEITSLOSIGKEIT IST EIN GEWALTAKT

Nachstehend dokumentiert „tacheles“ das gekürzte Redemanuskript von Frank Knoche für eine kommunale Option zur Wahrnehmung der ALG-II-Verwaltung:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

die von uns geforderte Entscheidung, die kommunale Beschäftigungsförderung und ALG-II-Verwaltung wie bisher in einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Bundesagentur für Arbeit und Kommune - ARGE genannt - weiter zu führen, oder neu in alleiniger Eigenverantwortung der Kommune zu organisieren, ist keine einfache Entscheidung.

Ich verstehe den Kämmerer, Herrn Weeke, ganz gut, wenn er sich vor dieser neuen größeren Verantwortung fürchtet und die finanziellen Risiken dabei anführt.

Sein Hauptargument, dass dem Bund nicht zu trauen sei, trifft zu, ist aber weder als Argument für eine ARGE, noch für eine eigenverantwortliche Wahrnehmung der Aufgabe durch die Kommune, Option genannt, zutreffend.

Die Beispiele, auf welche sich der Kämmerer dabei beruft, den Beschiss der Kommunen durch den Bund bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft und die Kürzung des Bundes bei der Finanzierung der Beschäftigungsförderung um 16 Milliarden in den nächsten Jahren trifft Solingen, trifft die Arbeitslosen in dieser Stadt, unabhängig davon ob wir unsere kommunale Arbeitsmarktpolitik über eine ARGE, oder als Kommune eigenständig organisieren.

Die Rahmenbedingungen verschlechtern sich natürlich, vor allem unter dieser schwarz-gelben Regierung, die 5 Euro mehr beim Regelsatz für eine soziale Großtat hält und die Regelsätze für Kinder nicht anheben will.

Und die, wie wir vom FDP-Bundestagsabgeordneten Martin Lindner vorgestern bei Maischberger erfahren haben, einen Missbrauch durch das neue Lebensmodell „Alleinerziehende“ sieht, weil (Originalton) Lindner: „Da werden mit drei, vier Männer zwei, drei Kinder gezeugt, und da fällt einem dann schlichtweg der Name auf dem Amt nicht ein.“ Ja liebe KollegInnen von der FDP, sie sollten sich schämen für einen solchen frauenfeindlichen Hetzer ihrer Regierungspartei im Bundestag.

Wie gesagt, die Auswirkungen der ver-

schlechterten Rahmenbedingungen bleiben - unabhängig von der Organisationsform - die gleichen.

Was Sie, Herr Weeke und SPD-Kollege Kirchner, befürchten, ist vor allen Dingen, dass bei einer Option für das Versagen des Bundes nicht die relativ anonyme ARGE, sondern die konkrete kommunale Verwaltung und Politik dafür verantwortlich gemacht werden könnte.

**„Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt,
ein Anschlag auf die körperliche und
seelisch/geistige Integrität
der davon betroffenen Menschen.**

**Bei langandauernder Arbeitslosigkeit
entwertet sie die sowohl durch
Bildungsinstitutionen als auch in der
Sozialisation aufwendig erworbenen
Fähigkeiten und Kenntnisse.“**

(Oskar Negt)

Aber genau das ist die politisch nicht akzeptable Angst, trotz größerer Gestaltungsmöglichkeiten mehr Verantwortung zu übernehmen, weil man dabei schlecht aussehen könnte. Dahinter steckt die Philosophie: lieber nichts zu verändern, weil jede Veränderung ein Risiko beinhaltet.

Als Sozialpolitiker mische ich mich sehr ungerne in die Finanzpolitik ein, aber mich wundert es schon, dass Sie, Herr Weeke, und auch Kollege Kirchner, dann wenn es sich um erstrangig sozialpolitische Entscheidungen handelt, ein unkalkulierbares finanzielles Risiko beschwören, aber in ihrem eigenen Metier bezüglich Spread-Leader-Swaps-Zinswetten und Cross-Border-Leasing keinerlei Bedenken angemeldet haben.

Vom Sozialdezernenten Robert Krummbein weiß ich, dass er aus fachlichen Gründen auch die Optionskommune befürwortet und dabei die finanziellen Risiken nicht verharmlost. Er hat sich aber zu einer Pro Option-Entscheidung durchgerungen.

Entscheidend dafür war auch, dass Sie, Herr Feith, als Oberbürgermeister, ihm die größtmögliche Unterstützung dabei zugesagt haben. Das wird auch nötig sein. Wir zollen Ihnen, Herrn Oberbürgermeister, den Respekt für ihre mutige Entscheidung, dass sie nicht aus Angst vor mehr Verantwortung und Ärger den falschen Weg gewählt haben.

Wir können das gemeinsam schaffen, wenn Beschäftigungsförderung und ALG-II-Verwaltung zum ersten Mal in unserer Stadt Chefsache wird. Arbeitslosigkeit ist eines der Hauptprobleme in unserer Gesellschaft, dem sich bislang kein Oberbürgermeister und auch nicht dieser Rat, der Bedeutung entsprechend, gestellt hat. Es wird Zeit, dass dieses existenzielle Problem, das ja auch hauptsächlich für unsere kommunale Finanzmisere ursächlich ist, zur Chefsache wird. Wenn Sie diese Zusage durchziehen, haben Sie unsere vollste Unterstützung, auch dann wenn es eng und unangenehm wird.

Und nochmal zu den Finanzierungsrisiken. Die Optionskommune bekommt vom Bund die Finanzierung für Verwaltung, Personal und sonstige Aufwendungen, sowie die Mittel für Integrationsmaßnahmen. Das waren, wenn ich mich richtig erinnere, in diesem Jahr etwa 9 und 11 Millionen Euro. Das wird zukünftig weniger, aber der finanzielle Rahmen mit dem wir arbeiten können, ist nicht unberechenbar.

Wir können natürlich nur das Personal und die Mittel für Maßnahmen zur Verfügung





stellen, die sich in dem vom Bund gegebenen Rahmen finanzieren lassen. Das ist doch völlig klar. Wir können da als HSK-Kommune nichts zuschustern.

Was wir aber können und was gerade, wenn die finanziellen Mittel geringer werden, besonders wichtig ist: Wir können dieses Geld als Kommune gezielter und effizienter einsetzen, als dies unter der Fuchtel einer zentralistisch-bürokratischen Regide einer BA möglich ist. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Was richtig teuer wird, das ist, wenn wir nicht das Problem der trotz Konjunktur immer noch zu hohen Zahl der Langzeitarbeitslosen angehen. Und auch das wollen und können die Kommunen besser als die BA, welche vor allem die sogenannten arbeitsmarktnahen Kunden im Auge hat.

Oskar Negt definierte die Arbeitslosigkeit im Jahre 2003 folgendermaßen:

"Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, ein Anschlag auf die körperliche und seelisch/geistige Integrität der davon betroffenen Menschen. Bei langandauernder Arbeitslosigkeit entwertet sie, die sowohl durch Bildungsinstitutionen als auch in der Sozialisation aufwendig erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse."

Das trifft den Nagel auf den Kopf. Deshalb ist es auch unter finanziellen Gesichtspunkten notwendig, dass wir uns mit einer derartigen Entwertung teuer erworbener menschlicher Fähigkeiten und Kenntnisse nicht abfinden.

Und da reicht es gerade bei Langzeitarbeitslosen nicht, wenn nach dem Motto der BA - billig, Masse und kurzfristig - ein oder zwei Bewerbungstrainings durchgeführt werden und ansonsten Druck gemacht wird. Oder Bildungsgutscheine ausgegeben werden. Bei einem, der ein, zwei oder mehr Jahre arbeitslos ist bedarf es da schon mehr.

Um es direkt klar zu stellen, das ist keine Beschimpfung der MitarbeiterInnen der BA oder der ARGEN. Die meisten von Ihnen zeigen hohen Einsatz und leisten gute Arbeit. Und auch vor der Arbeit von Herrn Köhler, mit dem ich in den letzten Jahren des Öfteren wegen unterschiedlicher Auffassungen und Sichtweisen im Clinch lag, habe ich höchsten Respekt und Anerkennung.

Der Fehler liegt im Hartz-IV-System selbst und dem bürokratischen Kontroll- und Dokumentationswahn einer zentralistischen Beamten-Behörde, welche die Sache nur noch schlimmer macht. Schon im Juni 2009 beschwerte sich der Personalrat der BA. „Nicht die Arbeit am und mit dem Kunden“ sei das Kerngeschäft der BA, „sondern Controlling, Qualitätsmanagement und Steuerung“ - und das offenbar „zum Selbstzweck“.

Fast jeder, der mit der BA zu tun hat und selbst viele die bei ihr arbeiten, werden das bestätigen. Warum glauben Sie, sind gerade diejenigen - auch hier vor Ort - die in und mit der Beschäftigungsförderung arbeiten, fast alle für Optionskommunen?

Und da finde ich es unerhört, wenn gerade die gemeinnützigen Wohlfahrtsverbände und örtlichen Träger der Beschäftigungsförderung als gierige, nur an der eigenen finanziellen Bereicherung interessierte Gruppen dargestellt werden. Die Caritas ist nicht die Deutsche Bank und der IB nicht die Hypo-Real-Estate.

Stellen Sie sich nur mal vor, welche sozialen Verhältnisse wir in dieser Stadt hätten, wenn es nicht die Diakonie, die AWO, die Caritas, den DPWV, das Deutsche Rote Kreuz, den IB, die GBB, die GABE, Ittental, Wir in der Hasseldelle, die Fuhrgemeinschaft und den Bürgerverein Zietenstraße usw. gäbe.

Zum Schluss im Telegrammstil weitere Vorteile einer Option im Gegensatz zur ARGE:

- Eine materielle Erweiterung der kommunalen Gestaltungsfähigkeit.
- Höhere Sensibilität und Nutzung der Kooperationspotentiale einer Kommune
- mehr vor Ort konzipierte Maßnahmen, die sowohl der Integration in Arbeit als auch der Kommune nützen
- Vernetzte und präventive Betreuung als wirksamster Ansatz zur Begrenzung der Zahl der Hilfeempfänger und der kommunalen Sozialabgaben
- Erweiterte Handlungsspielräume aufgrund verwandter Zuständigkeiten (Jugendhilfe, SGB IIX, Schule/Bildung)
- Bessere Möglichkeiten des konzertierten Vorgehens in der Familien- und Jugendhilfe sowie bessere Nutzung und Auslastung sozialer Einrichtungen und Träger
- bessere Möglichkeiten der Verbindung von sozialräumlicher Quartiersarbeit in schwierigen Wohngebieten
- Erhalt und Ausbau von lokalen und regionalen Trägerstrukturen im Bereich der freien Wohlfahrtspflege
- Vernetzte und nach eigenen Prioritäten gestaltete soziale Daseinsvorsorge in der Kombination von Grundsicherung, Jugend, Schule Bildung und Gesundheit
- mehr Nachholen von Schulabschlüssen und beruflicher Weiterbildung
- bessere Förderung der Alleinerziehenden und ihrer Kinder
- Unabhängigkeit von verpflichtenden BA-Instrumenten und Controlling
- Erweiterter Rückgriff auf Dritte
- Befreiung von der Dauerproblem BA-Software A2LL

**Garten
gestaltung
& -pflege**

**Thomas
Wendt**

0212
81 73 73

INFOS ZU HARTZ IV

1. Kosten der Unterkunft und Heizung

Die derzeit geltenden Angemessenheits-Obergrenzen der Unterkunftskosten (Grundmiete inklusive Nebenkosten) für Solinger HilfeempfängerInnen sind folgendermaßen:

Für jede weitere Person werden 92,70 Euro gerechnet. Für die Heizkosten gelten 1,56 Euro pro Quadratmeter. Einer Person stehen maximal 45 Quadratmeter, also 45 mal 1,56 Euro = 70,20 Euro zu.

Wenn die tatsächlichen Heizkosten höher sind als die angemessenen, müssen diese unter bestimmten Bedingungen auch beglichen werden. Zum Beispiel dann, wenn die Wohnung schlecht isoliert ist, über einem nicht geheizten Keller oder unter dem Dachboden liegt, wenn es sich um eine veraltete Heizungsanlage handelt, oder ein erhöhter Wärmebedarf aus gesundheitlichen Gründen notwendig ist.

2. Anträge auf Schul- und Teilhabebedarfe für Kinder stellen

Das neue Regelbedarfsermittlungsgesetz ermöglicht es, für Kinder im ALG-2-Bezug Ansprüche auf Teilhabe zum Beispiel an Schulausflügen, Mittagessen, Nachhilfe und Sport-, Kultur- und Freizeitaktivitäten geltend zu machen. Entsprechende Anträge sollten bei der Hartz-IV-Behörde gestellt werden. Die Sozialberatung "Tacheles" in Wuppertal empfiehlt, „alsbaldig einen formlosen Antrag auf Schul- und Teilhabebedarfe zu stellen, damit die Ansprüche für die Betroffenen gesichert werden.“ Wer den formvollendeten Antrag wünscht, findet diesen unter:

http://www.bmas.de/portal/49366/property=pdf/2010_11_23_antrag_auf_leistungen_fuer_bildung_teilhabe.pdf

3. Ab Januar gibt es wieder eine Beratungsstelle für Arbeitslose – SALZ –

Im Januar 2011 wird es wieder ein Solinger-Arbeitslosen-Zentrum (SALZ) geben. Die rot-grüne Landesregierung stellte dazu die Weichen, indem die von CDU und FDP gestrichene Förderung für Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen wieder neu finanziert wurde.

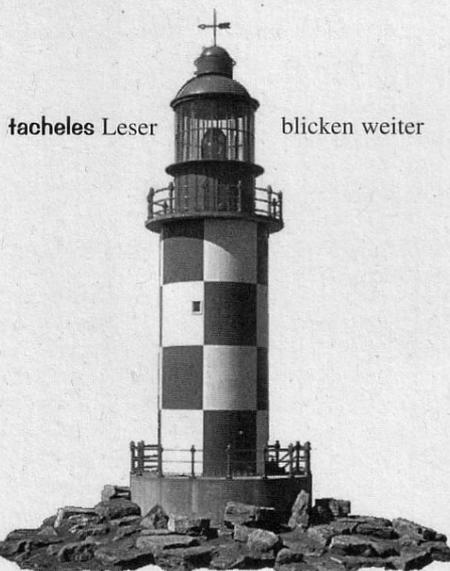
In Kooperation mit der Arbeiterwohlfahrt und der Caritas, welche sich mit einer sozialpsychologischen Beratung beteiligt, wird die von der GABE federführend betriebene Beratung im Nordstadt-Büro der AWO, in der ehemaligen Stadt-Sparkasse, stattfinden.

Die ehemaligen, langjährigen Mitarbeiter des SALZ stehen mit ihrem Fachwissen und ihren Erfahrungen auch für das neue Projekt zur Verfügung.

Die Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände zeigten sich durchgehend hoch erfreut bezüglich dieser Entscheidung. Hatten diese doch nach der Schließung des SALZ einen personell nicht, bzw. kaum zu bewältigenden, erhöhten Beratungsbedarf feststellen müssen. Auch die Hartz-IV-Behörde, ARGE, sieht inzwischen in der unabhängigen Beratungsstelle eine notwendige Hilfe bei der Bewältigung von Problemen im Zusammenhang mit der immer komplizierter werden Sozialgesetzgebung und -praxis.

Frank Knoche

Ein-Personen-Haushalt	= 313,02 Euro
2 Personen	= 402,38 Euro
3 Personen	= 499,73 Euro
4 Personen	= 568,56 Euro
5 Personen	= 661,26 Euro



Werbung in der tacheles wirkt
Information und Beratung unter
tacheles-solingen@gmx.de

Kontaktadresse:
Zukunftswelten e.V.
Mühlenteich 5 42653 Solingen
Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11



Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto
Zukunftswelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen



STUTTGART 21 - UND WIE WEITER?

Stuttgart 21 oder S21 – unter dieser Bezeichnung will die Deutsche Bahn mit Unterstützung der Stadt Stuttgart und des Landes Baden-Württemberg in Stuttgart einen futuristischen Bahnhof von gigantischen Dimensionen errichten. Für mindestens 4,1 Milliarden Euro soll der alte denkmalgeschützte Kopfbahnhof durch einen unterirdischen Durchgangsbahnhof ersetzt werden. Dazu kommen eine direkte ICE-Anbindung an den Flughafen sowie eine Weiterführung der ICE-Strecke nach Ulm, was nach derzeitigen Schätzungen weitere 2,9 Milliarden Euro kosten wird.

Seit Jahren streiten Bürger, Planer und Politiker über das Mega-Projekt, das von seinen Kritikern als ökologische Katastrophe angesehen wird. Als Bauzeit sind ca. 10 Jahre prognostiziert, in denen die Stadt in Lärm und Abgasen von täglich Hunderten Bau-LKW und durch zusätzlichen PKW-Stauerstücken wird. Dazu kommen die Befürchtungen, dass der geologische Untergrund der Stadt für eine solche Baumaßnahme gar nicht geeignet ist. Auch der tatsächliche Nutzen des Bauprojekts ist nicht bewiesen. Seit der offiziellen Entscheidung für die Umsetzung des Projekts vor ca. einem Jahr demonstrieren regelmäßig Zehntausende gegen die Geldverschwendung und Umweltzerstörung durch das Milliardengrab Stuttgart 21. In Zeiten, in denen bei Kindern, Erwerbslosen, Rentnern, bei der Kultur, beim ÖPNV usw. usw. permanent gespart und gekürzt wird, ist dieses Projekt ein Hohn.

Trotz aller Bedenken hält die unheilige Allianz aus Stadt, Land und Bahn an dem gigantischen Projekt fest, weil u.a. über 100 Hektar Baufläche für Geschäfts- und Luxusimmobilien in bester Stadtlage gewonnen werden. Darüber freuen sich Investoren und Baukonzerne sowie die mit ihnen verflochtene Politprominenz. Stuttgart 21 ist von Beginn an integraler Bestandteil der Bahnprivatisierung, die auf eine möglichst profitable Verwertung öffentlichen Eigentums setzt. Das Immobiliengeschäft ist für die Bahn weitaus lukrativer als der Schienenverkehr.

Am 30. Oktober haben wir von Attac zusammen mit ca. 25 Gewerkschaftern an einer von Ver.di organisierten Busfahrt nach Stuttgart teilgenommen, um uns vor Ort ein Bild zu machen, mit den Stuttgartern zu sprechen und bei der Demo dabei zu sein. Wir konnten hautnah erleben, wie sich die Bürger gegen die Zerstörung der Lebensqualität ihrer Stadt wehren und für die bessere Alternative - den Erhalt des Kopfbahnhofs und seine Modernisierung (K21) – einsetzen, was uns sehr beeindruckt hat.

Wir haben dann die Schlichtungsgespräche

unter Leitung von Heiner Geißler verfolgt und waren entsetzt, dass er die große Chance vertan hat, ein neues Verständnis für eine ökologische Stadtentwicklung durchzusetzen. Die mit großem Medienaufwand geführten Gespräche waren eine – sicherlich nicht unwichtige - Debatte über demokratische Verfahren, aber weniger über den eigentlichen Inhalt. Nun wird die Bahn ihr Ziel wohl erreichen, weil das "Schneller, Höher und Weiter" gesiegt hat - wobei gar nicht klar ist, wer die höheren Kosten für die von Geißler vorgeschlagenen minimalen Ver-

dafür dürfen wir vielleicht in einer der nächsten „tacheles“-Ausgabe spekulieren.

Allerdings bedeutet Protest gegen S21 auch Protest gegen die Kürzungspolitik in Bund, Ländern und Kommunen, wenn diese auf der anderen Seite Milliarden in solche wahnsinnigen Großprojekte investieren können.

Karin Diehl
Attac Solingen

Weitere Infos unter: www.attac.de/stuttgart21

Foto(cc): RaBoe/Wikipedia



änderungen unter dem Namen „Stuttgart 21 PLUS“ tragen wird.

Wahrscheinlich der Bund, der dann in anderen Bereichen Projekte kürzt oder verschiebt. Die Debatte war zwar interessant, das Ergebnis aber absolut enttäuschend.

Wir werden auch beobachten, wohin die Reise geht: wie werden sich die Grünen nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011 positionieren, besonders im Hinblick darauf, dass sie möglicherweise mit der CDU die neue Landesregierung bilden könnten. Werden sie dann immer noch gegen das Bahnprojekt sein?

Und: So sehr wir auch die enormen Bürgerproteste der letzten Monate begrüßen (gegen Stuttgart 21 und auch gegen den Castor-Transport), so sehr bedauern wir, dass es gegen den anhaltenden Sozialabbau der letzten Jahre keinen vergleichbaren Widerstand gab und gibt. Über die Vielzahl von Gründen

Wer oder was ist ATTAC?

Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen.

Wir machen uns Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen die durch die neoliberale Globalisierung entstehen und zeigen Alternativen auf. Denn: Eine andere Welt ist möglich!

Bei unseren Veranstaltungen und den monatlichen Treffen - normalerweise an jedem 1. Freitag im Monat im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, Solingen - sind interessierte Mitmenschen immer willkommen.

 **attac**

BERUFSVORBEREITUNG: VERGABEPRAXIS IN DER SCHUSSLINIE

In Remscheid kümmern sich viele um arbeitssuchende Jugendliche. Aber es scheint, als zögen sie nicht alle an einem Strang. Das wurde erstmals am 30. September während der 5. Jugendkonferenz im Vaßbendersaal angesprochen - und in der gestrigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses ganz offiziell. Da zeichnete sich erstmals ab, dass Ute Ackerschott (Foto rechts), die Leiterin der Agentur für Arbeit in Solingen, und die Mitarbeiter des angeschlossenen Regionale Einkaufszentrum NRW (REZ) sich womöglich warm anziehen müssen. Denn die Kritik zielt auf sie. Zwar nannten gestern Karl-Richard Ponsar vom Deutschen Kinderschutzbund und Ralf Noll, Geschäftsführer des Lindenhof e.V. und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, weder Ross noch Reiter namentlich. Doch Recherchen des Waterbölles ergaben anschließend: Die Kritik betrifft die „bürokratische Vergabepaxis“ der Arbeitsagentur, hier konkret die Auftragsvergabe an einen überregionalen Träger, die Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW).

Die Arbeitsagentur muss Maßnahmen, die der Berufsvorbereitung von Jugendlichen dienen, öffentlich ausschreiben. Dagegen ist zunächst gar nichts zu sagen. „Aber wie sehen die Vergabekriterien aus?“, fragte gestern Ralf Noll. „Und welche Rolle spielt der Preis? Es gibt schließlich einen entscheidenden Unterschied zwischen ‚billig‘ und ‚preiswert‘!“ Wer bei

den Maßnahmen zur Berufsvorbereitung die Qualität außer Acht lasse, schieße ein Eigentümer. Zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses kündigte Noll einen ausführlichen Bericht an. Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz schien das nicht zu überraschen. Er steuerte eine weitere Frage bei: „Wie geht man mit der örtlichen Infrastruktur um?“

an mit 150 Niederlassungen in zwölf Bundesländern und einem „engmaschigen Netz zu allen Akteuren rund um den Arbeitsmarkt der Region“. Beraten, betreuen, qualifizieren und vermitteln – so verstehe die FAW gGmbH ihre Aufgabe bei der Integration Jugendlicher und junger Erwachsener in den Ausbildungs- und Stellenmarkt. Den ausgewiesenen Akteuren bestens bekannter örtlicher Bildungs-



waterboelles.de

„Man“ hätte in diesem Fall auch „Frau“ heißen können: Ute Ackerschott. Ihr sei die Kritik an den Leistungen des Bildungsträgers FAW bereits zu Ohren gekommen, erfuhr der Waterbölles heute; doch sie habe sie vehement zurückgewiesen. Wie kann das sein? Am 13. September berichtete der WDR in seinen regionalen Hörfunknachrichten für das Bergische Land über „Ärger um einen Qualifizierungskursus“: Die Arbeitsagentur habe in Wuppertal wegen Sicherheitsmängeln eine Qualifizierungsmaßnahme für 70 Jugendliche stillgelegt, weil die Schulungsräume der Fortbildungsakademie der Wirtschaft in einem unzumutbaren Zustand seien – nicht fertig eingerichtet, mit freiliegenden Kabeln als Stolperfallen. Zwei Wochen später folgte die endgültige Kündigung, wie der WDR am 1. Oktober berichtete. Und weiter: „Die Jugendlichen bleiben bis auf Weiteres beurlaubt.“

Ärger mit der FAW – kein Einzelfall! In Solingen bemängelte die Arbeitsagentur zunächst fehlendes Personal und, wie in Wuppertal, unzureichende Einrichtungen in den Schulungsräumen. 111 Jugendlichen wurden daraufhin beurlaubt. Doch dann durfte die FAW die berufsqualifizierenden Maßnahmen doch weiter fortsetzen – nach einer erneuten Überprüfung durch die Agentur. In welcher Weise sich der Zustand der Räume und der Sachverstand des Personals in der Zwischenzeit geändert haben sollten, wurde nicht erklärt.

Papier ist geduldig, Bildschirmhalte sind es nicht minder. Auf ihrer Internetseite preist sich die FAW als „Bildungs- und Personaldienstleister“ und „anerkannter Partner der deutschen Wirtschaft“

einrichtungen in Remscheid ist dieses Netz der FAW allerdings nicht geläufig. Wie sollte es auch, hat die FAW den Remscheider Markt der Berufsvorbereitungsmaßnahmen für Jugendliche doch erst kürzlich für sich entdeckt, nachdem sie sich andernorts schon lange in großem Stil an Ausschreibungen von Qualifizierungsmaßnahmen ARGE und Agentur für Arbeit beteiligt.

Als im Sommer dieses Jahres im bergischen Städtedreieck vom Regionalen Einkaufszentrum NRW neue Berufsvorbereitungsmaßnahmen ausgeschrieben wurden, bewarb sich die FAW nicht nur um die Maßnahmen in Wuppertal und Solingen, sondern auch in Remscheid. Und bekam in weiten Teilen den Zuschlag, weil örtliche Anbieter höhere Preise kalkuliert hatten. Der Preis, das einzige Vergabekriterium?! Die in Remscheid ansässigen und vernetzten Träger – der Internationale Bund (IB), GBB, GABE gGmbH und Arbeit Remscheid eGmbH –, die die Berufsvorbereitungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren als Bietergemeinschaft übernommen hatten, haben nun bei zwei neuen Maßnahmen das Nachsehen, sind dort ausgebootet. Die Folge: Dort muss erfahrenes Personal abgebaut werden.

Entscheidendes Kriterium zur Bewertung des Preises ist der sog. Regionalschätzwert, der beim Regionalen Einkaufsnetz der Bundesagentur für Arbeit zu Grunde gelegt wird. Da eine Bietergemeinschaft sowohl den Vorteil der gegenseitigen Transparenz bei der Fachlichkeit der Arbeit als auch den der attraktiven Preisgestaltung durch Synergien hat, hat einer der Bieter gegen die Vergabe an die FAW beim Bundeskartellamt Einspruch eingelegt. Dem ist das Bundeskartellamt gefolgt. Nach seiner Auffassung ist der Regionalschätzwert, vor allem bezüglich des Personalkostenschlüssels, falsch berechnet. Das Bundeskartellamt rät dem Träger, auf Schadensersatz zu klagen. Dies hätte zwar Aussicht auf Erfolg, wäre aber aus Trägersicht für die un-

MESSE
STÄNDE

Planung
Gestaltung
Ausführung
Mietmöbel
Grafik

Systembau
Konventionell
Kombiniert

alfa

alfa Messebau
Obere Holzstraße 14
42653 Solingen
Tel.: (02 12) 31 06 61
Fax: (02 12) 31 15 59



mittelbaren Auswirkungen vor Ort, für Träger und vor allem Jugendliche, nutzlos: Die Maßnahme ist bereits vergeben und der Klageweg mit erheblichem Aufwand verbunden.

Nun also ein neuer Träger in Remscheid, die FAW! Bislang ohne Standort in der Stadt und wohl kaum über genügend Kenntnisse der örtlichen Infrastrukturen (Arbeitgeber- und Ausbildungslandschaft, soziale Infrastruktur usw.) verfügend. Wie sollte es der FAW gelingen, zum 6. September eine Maßnahme für mehr als 100 Jugendliche aus dem Boden zu stampfen incl. Anmietung und Einrichtung diverser Werkstätten und Räumlichkeiten, Personalakquise usw.? Was gestern im Jugendhilfeausschuss zur Sprache kam, deutet darauf hin, dass dies der FWA in Remscheid ebenso wenig gelang wie in Wuppertal. Und die Solinger Agentur für Arbeit mit Ute Ackerschott an der Spitze schweigt dazu. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf?

„Die Jugendlichen brauchen verlässliche Strukturen“, mahnte gestern Ralf Noll an. Drastischer drückte sich demgegenüber Karl-Richard Ponsar aus, nachdem er den neuen Anbieter über das Remscheider Berufskolleg näher kennengelernt hatte: „Billig-Personal, das von Tuten und Blasen keine Ahnung hat!“ Er habe mit Jugendlichen gesprochen, die an der Maßnahme teilnehmen, berichtete Ponsar im Ausschuss weiter. Sie hätten ihn erklärt: „Wir fühlen uns verarscht, so wie man hier mit uns umgeht. Es gibt einen Billardtisch und einen Kicker, aber nichts zu arbeiten!“ Und das soll den Mitarbeitern der Agentur für Arbeit noch nicht aufgefallen sein?

Womöglich nur deshalb nicht, weil sich die Vergabekriterien des Regionalen Einkaufszentrums NRW nicht ändern sollen. Ein leidendes Thema nicht erst seit gestern. Bereits im September 2008 hinterfragte die Essener SPD-Landtagsabgeordnete Britta Altenkamp in einer Kleinen Anfrage die Vergabeentscheidungen des REZ zur Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen kritisch. Ihr war aufgefallen, dass die Bewerbung eines Anbieters und die Qualität in den tatsächlich durchgeführten Maßnahmen „systematisch auseinanderdriften“. Ein Mangel, der System zu haben scheint. Die AG Jugendsozialarbeit habe die Bundesagentur inzwischen gebeten, das Bewertungssystem zu erläutern, erfuhre der Waterbölles. Was Karl-Richard Ponsar gestern aus seiner beruflichen Praxis schilderte, zeigt jedenfalls deutlich, wie wichtig die Vereinbarung und Einhaltung von Qualitätskriterien und die effiziente Zusammenarbeit im lokalen Netzwerk sind. Und dass billig eben nicht automatisch auch preiswert ist.

Nachdruck aus:
<http://waterboelles.de>
dem kommunalpolitischen Internetforum
für Remscheid.

Ran an die Eier

Nach Paderborn und Leverkusen soll Solingen die dritte Stadt werden, in der Zwangssterilisation und Kennzeichnungspflicht für Katzen eingeführt werden soll; was auch nur bedingt stimmt, da es sich um eine bundesweite Aktion handelt.

Geführt wird die ganze Diskussion von Seiten des Solinger Tierschutzes auf sehr emotionaler Basis unter Hinweis auf Verelendung und unkontrolliertes Vermehren der Katzen.

Deshalb sei eine „Kastration- und Kennzeichnungspflicht“ unerlässlich, was sich sowohl auf Hauskatzen als auch verwilderte bezieht. Was nichts anderes heißt, als dass man Katzen mit rechtlosem Ungeziefer gleich setzen will. Jede Hauskatze, die es wagt auch nur einen Schritt über die Schwelle zu gehen, wird sofort zum verwilderten Tier erklärt. Aber juristisch gesehen ist die Katze mein Eigentum, ich hafte und entscheide für sie, und nicht der Tierschutz. Dass das Tierschutzgesetz mal einer Durchforstung bedarf, ist ein anderes Thema.

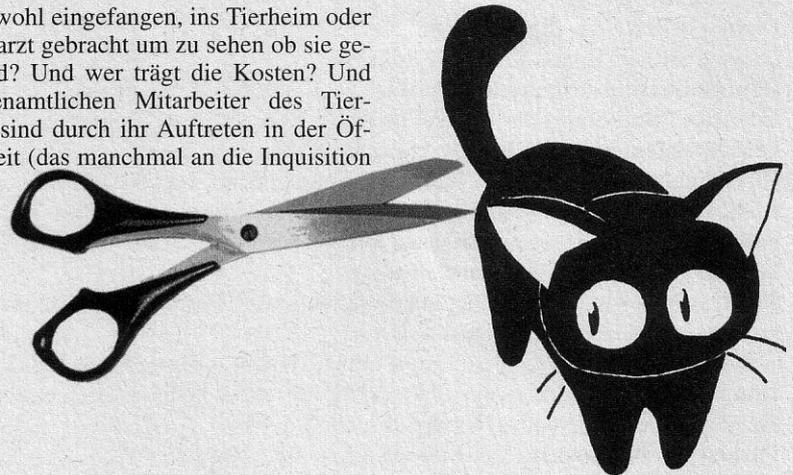
Das Ordnungsamt sieht sich nicht im Stande, eine solche Verordnung zu kontrollieren. Wie unterscheidet man einen „Freigänger“ von einer „Wilden Katze“? Werden erstmal alle auf 's Geratewohl eingefangen, ins Tierheim oder zum Tierarzt gebracht um zu sehen ob sie gechipt sind? Und wer trägt die Kosten? Und die Ehrenamtlichen Mitarbeiter des Tierschutzes sind durch ihr Auftreten in der Öffentlichkeit (das manchmal an die Inquisition

erinnert) auch nicht dazu geeignet, zumal zu befürchten ist, dass einige Mitarbeiter in ihrem Eifer wohl doch einige Grenzen überschreiten werden. Zumal sie überall nur Elend sehen und meinen, mit ihrem Tierschutz ausweis Polizeigewalt zu haben. Also, wie will man das von Seiten Tierschutzes handhaben? Wenn man jetzt schon nicht in der Lage ist, das Problem personell und finanziell befriedigend zu bewältigen?

Eine Gefährdung der Öffentlichkeit durch überproportionale Zunahme kann auch nicht belegt werden, die Angabe beruht einzig auf emotionalem Empfinden. Und wäre es nicht besser, bei Züchtern und Tierhändlern anzusetzen, um die Population langfristig in den Griff bekommen? Und als Ergänzung dazu Privathaushalten mit Katzen Unterstützung anbieten, ohne den erhobenen Zeigefinger des Tierschutzes?

Was bleibt ist ein Musterbeispiel dafür, wie es einer kleinen Gruppe gelingt, ohne sachliche Begründung, einfach auf Emotionen bauend, ihre Interessen durchzusetzen.

Heinz Mähner



amnesty
international



Sektion der
Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Bezirk 3560
Gruppe 1424

Helmut Eckermann
Burger Landstraße 19
42659 Solingen

Gruppeninfos

Nicht gucken
mitmachen bei
der tacheles!



AG Weiße Rose:

Geschwister Scholl-Schule, Querstraße 42

Amnesty international:

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Kontakt: Tel.: 415 78

Attac: Jeden 1. Freitag im Monat, 19h, Café Courage,

Klemens-Horn-Straße 3 42655 Solingen

Ausländerrechtliche Beratungskommission:

Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 415 78)

oder Diakonisches Werk, Frau Scott (Tel.: 287 27)

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

Bündnis Cobra: myspace.com/buendniscobra, Treff: jeden 1. Do., 19 h in der Kantine / Cobra

Bürgerinitiative "Solingen gehört uns": Kontakt: Gerhard Walsken, Walter-Dodde-Straße 21,

Tel.: 81 00 56 oder 2 47 43 80

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, geöffnet: Fr. 13-15h, Tel.: 27 36 35

Cow Club: www.cowclub.de, Treff jeden Do. 20h in der Kantine/COBRA, Tel.: 659 86 89

DFG-BK Niederberg/Berg. Land: Beratung für Kriegsdienstverweigerer; Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

Flüchtlingsberatung: in den Räumen der urgewählten Mitglieder des Integrationsrates,

Cobra (Seiteneingang Robert-Klaas-Str.), Kontakt: Tel. 01717/82 02 69

Förderverein Freibad Aufderhöhe: Kontakt: Birgit Evertz, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauenhaus: Tel 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str., Tel.: 5 54 70

Graue Panther: Eiland 17, 42651 Solingen

Informationsbüro Nicaragua: Postfach 10 13 20, 42013 Wuppertal

Initiative "Bau-Stopp der Bayer-Pipeline": Kontakt Dieter Donner, Tel.: 02103/6 50 30

Lesbentelefon: Mo. 20-22h, Tel.: 0202/44 08 08

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein: www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt: Thomas Blos, Tel.: 2 30 97 77

Solinger Appell/Forum gegen Krieg und Rassismus: c/o Café Courage, Kontakt: solinger-appell@operamail.com,

Treff: Do, 20.01.2011, 20h, dann 14-tägig

Stiftung W: www.stiftung-w.de; mail@stiftung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

tacheles: www.tacheles-solingen.de,

tacheles-solingen@gmx.de, c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

Tauschring: Treff jeden zweiten Mo. im Monat (außer Sommerferien und Dez.) 19.30h,

Eine-Welt-Laden Methodist. Kirche, Friedrichstr. 39

Türkischer Volksverein: Van-Meenen-Str. 1, Tel.: 20 48 45,

Mo-Fr ab 15h, Sa-So ab 12h Café, Mi.: Saz-Kurs 17.30h, Fr 18.30h Kinderfolklore

Unterstützerkreis Stolpersteine: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen,

Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel.: 318130

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA): www.solingen.vvn-bda.de

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

ZukunftsWelten e. V.: Kontakt: Familie Thom, Mohrenkamp 20, 42653 SG, Tel.: 59 07 96



Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigratInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen solinger-appell@operamail.com Treffen alle 14 Tage Donnerstags um 20h im Café Courage